

Anmerkungen

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

- 1 UN-Doc.A/Res/35/56, deutsch in VN 2/1981 S.64ff. — Vgl. auch H. Zwiefelhofer, Die internationale Gemeinschaft am Beginn der Dritten Entwicklungsdzade, VN 2/1981 S.41ff.
- 2 UN-Publ. E.70.I.23 (Science and Technology for Development. Proposals for the Second United Nations Development Decade). Siehe ebenfalls UN-Publ. E.70.II.A.2 mit den Vorschlägen des Ausschusses für Entwicklungsplanung zum gleichen Thema (Towards Accelerated Development. Proposals for the Second United Nations Development Decade).
- 3 United Nations Conference on the Application of Science and Technology for the Benefit of the Less Developed Areas (4.—20.2.1963).
- 4 Vgl. K.-H. Standke, Wissenschaft und Technologie im System der Vereinten Nationen, VN 1/1976 S.8ff.
- 5 UN-Publ. E.71.II.A.18/Rev. (World Plan of Action for the Application of Science and Technology to Development).
- 6 UN-Publ. E.70.I.23 (Anm.2). Vgl. K.-H. Standke, The Prospects and Retrospects of the United Nations Conference on Science and Technology for Development, in: Technology and Society, Vol. I, S.353ff. (1979).
- 7 Vgl. V. Rittberger, Zur Möglichkeit der Verwirklichung einer neuen Internationalen Ordnung für Wissenschaft und Technologie durch die Vereinten Nationen, in: Internationale Entwicklung, 1979/III, S.29f.
- 8 UN-Publ. E.79.I.21 mit Korrigenden (Report of the United Nations Conference on Science and Technology for Development), Kap. VII. Deutsch bei K.W. Menck/W. Gmelin, Wissenschaft und Technologie für Entwicklung, Baden-Baden (Nomos) 1980, S.218f.
- 9 Eine detaillierte Darstellung der Arbeiten des ACAST während der Jahre 1963 bis 1979 bietet: United Nations. Office for Science and Technology,

Science, Technology and Global Problems. The United Nations Advisory Committee on the Application of Science and Technology for Development, New York/Oxford (Pergamon Press) 1979.

- 10 Seitens der Bundesrepublik Deutschland gehörte dem ACAST von 1975 bis 1979 Professor Dr. Alfred Boettcher (Jülich) als Mitglied an. Mitglied des neuen Beirats (Zusammensetzung s. VN 4/1981 S.140) seit seiner Gründung im Jahre 1980 ist Professor Dr. Rudolf Wittenzellner (München).
- 11 UN-Doc. A/CN.11/L.26 v. 4.6.1981 (Operational Plan for the Implementation of the Vienna Programme of Action on Science and Technology for Development).
- 12 M. Goldsmith/A. King (Hrsg.), Issues of Development: Towards a New Role for Science and Technology; J. Gvishiani (Hrsg.), Trends and Perspectives in Development of Science and Technology and their Impact on the Solution to Contemporary Global Problems; S. Radhakrishnan (Hrsg.), Views from the Developing World; K.-H. Standke/M. Anandakrishnan (Hrsg.), Science, Technology and Society. Needs, Challenges and Limitations; V. Urquidí (Hrsg.), Science and Technology in Development Planning. Alle erschienen New York/Oxford (Pergamon Press) 1980.
- 13 Vgl. UNESCO-Kurier, Nr.7/1981, insb. S.17ff.
- 14 UN-Doc. A/CONF.100/PC/L.36 (Entwurf).
- 15 Eine Analyse der Ergebnisse der Nairobi-Konferenz aus journalistischer Sicht findet sich beispielsweise in der Financial Times vom 26.8.1981 (Energy Review: Alternative Sources. Third World given few Crumbs of Financial Comfort). — Siehe auch den Kurzbeitrag S.169f. dieser Ausgabe.
- 16 Vgl. K.W. Menck, A. Naimi, A. Nottelmann, Elemente einer internationalen Strategie für die Dritte Entwicklungsdzade, in: Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg 1980, S.85f.
- 17 Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer (Bericht der Nord-Süd-Kommission), Köln (Kiepenheuer & Witsch) 1980.

Der Ost-West-Gegensatz darf nicht auf den Süden übergreifen

Rede des Bundesaußenministers vor der 36. UN-Generalversammlung (23. September 1981)

HANS-DIETRICH GENSCHER

Herr Präsident! Zu Beginn möchte ich Ihnen die Glückwünsche der Bundesregierung zu Ihrer Wahl in dieses hohe Amt überbringen. Wir sehen in Ihnen eine Persönlichkeit, die sich in langjähriger Tätigkeit für die Vereinten Nationen in herausragender Weise bewährt hat, und wir sehen in Ihnen den Vertreter eines der führenden Länder der blockfreien Bewegung, mit dem uns seit langem gute Beziehungen verbinden. Ich möchte zugleich dem Präsidenten der 35. Generalversammlung, Rüdiger von Wechmar, den Dank meines Landes ausdrücken. Er hat sein Amt im Bewußtsein der neuen Realität der weltweiten gegenseitigen Abhängigkeit ausgeübt. Dabei konnte er auf die volle Zustimmung und Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland zählen. Ihnen, Herr Generalsekretär, danke ich für die vertrauensvolle Arbeit, die Sie auch im abgelaufenen Jahr für unsere Weltorganisation geleistet haben. Als neues Mitglied der Vereinten Nationen möchte ich Vanuatu herzlich willkommen heißen.

Herr Präsident, seit nunmehr einem Jahrzehnt ist die Weltwirtschaft in einer Umstellungskrise: Inflation, Rezession, Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten und vor allem: Stillstand, ja Rückgang der Pro-Kopf-Einkommen in vielen Entwicklungsländern. Die Not der Armen in der Dritten Welt nimmt zu. Gleichzeitig wächst die Weltbevölkerung rapide weiter. Von 4,5 Milliarden steigt sie in den nächsten 20 Jahren auf etwa 6,5 Milliarden. Für 2 Milliarden Menschen — das entspricht der Bevölkerung von 2 000 völlig neuen Millionenstädten — müssen also Nahrung, Kleidung und Wohnung, Schulen und Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Menschheit steht als Ganzes vor großen globalen Herausforderungen. Und doch — dies ist das Bestürzende —, nicht diese Probleme stehen im Mittelpunkt der Weltpolitik und des Weltinteresses. Die Schlagzeilen der Weltpresse künden vielmehr von Rüstungswettlauf und Spannungen zwischen den Staaten, von Krieg, Bürgerkrieg, Intervention.

In einer Zeit, in der durch globale Interdependenz globale Zusammenarbeit zu einer Frage des Überlebens geworden ist, läuft die Menschheit Gefahr, erneut ihre Kräfte gegeneinander zu kehren! Jetzt, da wir unsere materiellen wie geistigen Ressourcen auf die Bewältigung der Strukturkrise der Weltwirtschaft, auf die Entwicklung der Dritten Welt, auf die Aufrechterhaltung der Lebensbedingungen auf unserem Planeten konzentrieren müßten, werden 500 Milliarden Dollar für Rüstung vergeudet! Unsere Kinder und unsere Enkel werden uns aber allein danach beurteilen, ob es uns gelungen ist, die Weichen auf Frieden, auf Entwicklung, auf Überleben zu stellen, oder ob wir abgleiten in Konfrontation, Wettrüsten und schließlich in die Katastrophe.

I.
Wir können den Weltfrieden nur bewahren und die großen Herausforderungen für die Menschheit nur meistern, wenn alle Staaten nach den Grundsätzen handeln, die den Bestimmungen und dem Geist der Charta der Vereinten Nationen entsprechen. Das erfordert:

1. Gewaltverzicht, das heißt Verzicht auf die Anwendung und auf die Androhung von Gewalt. Alle Konflikte müssen friedlich gelöst werden.
2. Kein Streben nach Vorherrschaft; keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Respektierung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker.
3. Verantwortliches Handeln im Bewußtsein der globalen gegenseitigen Abhängigkeit; Mäßigung und Zurückhaltung bei der Durchsetzung eigener Interessen.
4. Bereitschaft zum Dialog, zur Verhandlung und zur Zusammenarbeit.
5. Kein Streben nach Übergewicht, Wille zum Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau der Rüstungen; aktive Friedenssicherung durch Zusammenarbeit in Fragen der internationalen Sicherheit und insbesondere der Rüstungskontrolle und Abrüstung.
6. Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes als Politik weltweiter Partnerschaft und Friedenssicherung.

Für die Lösung der globalen Probleme kommt der Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses eine überragende Bedeutung zu. Zu Beginn der siebziger Jahre hofften wir alle, daß es gelänge, die Gegensätze zwischen Ost und West zunehmend zu vermindern und die Zusammenarbeit auszuweiten. Die erste Hälfte des Jahrzehnts brachte in der Tat große Fortschritte in den Ost-West-Beziehungen. Jetzt jedoch hat sich der Ost-West-Gegensatz erneut verschärft; er droht, den Nord-Süd-Dialog wieder an den Rand zu drängen, ja, der Ost-West-Gegensatz droht auf den Süden übergreifen. Das darf nicht geschehen! Ost und West müssen alles tun, um wieder Kurs zu gewinnen auf Stabilisierung ihres Verhältnisses und auf Zusammenarbeit. Ost und West dürfen auf gar keinen Fall ihren Gegensatz auf die Dritte Welt übertragen. Die Länder des Südens haben Probleme genug, sie dürfen nicht noch zum Austragungsort des Ost-West-Gegensatzes gemacht werden.

II.

Herr Präsident, Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung mit dem Ziel des Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau sind dringender denn je. Es darf nicht zu einem neuen Rüstungswettlauf kommen. In den siebziger Jahren hat die UdSSR in allen Rüstungsbereichen außerordentliche Anstrengungen unternommen. Ihnen standen auf westlicher Seite keine vergleichbaren Anstrengungen gegenüber, im Gegenteil. Mit großer Sorge mußte der Westen beobachten, wie die Sowjetunion nicht nur ihre Überlegenheit bei den konventionellen Streitkräften weiter steigerte, sondern gleichzeitig ihre nuklearen Mittelstreckenwaffen vermehrte und ihnen besonders mit der SS-20-Rakete eine neue Qualität gab. Unsere Sorgen darüber können nur von uns genommen werden, wenn die schon laufenden und die geplanten Verhandlungen zwischen Ost und West zum Erfolg geführt werden. Die Bundesregie-

"We want you for disarmament!"



"UNITED NATIONS GENERAL ASSEMBLY – SECOND SPECIAL SESSION
ON DISARMAMENT – MAY 1982"

Das bekannte Motiv des zu den Fahnen rufenden ›Uncle Sam‹ paraphrasiert dieser Entwurf des Kölner Grafikers Adam Backhausen. Er wurde vom Vorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen als Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zum internationalen Plakatwettbewerb anlässlich der 1982 stattfindenden zweiten UN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung ausgewählt.

Die Vereinten Nationen hatten schon die siebziger Jahre zur Dekade der Abrüstung erklärt. Wir alle sind uns jedoch schmerzlich bewußt, wie wenig es gelang, die weltweite Rüstungsspirale anzuhalten. Mein Land hat als Beitrag für die Zweite Sondergeneralversammlung über Abrüstung 1982 ein umfassendes Abrüstungsprogramm vorgelegt. Dieses soll weltweit Abrüstungsverhandlungen fördern, den konzeptionellen Rahmen für solche Verhandlungen beschreiben, Kriterien und Prinzipien definieren und damit wichtige Vorarbeit für konkrete Verhandlungen und Ergebnisse leisten.

Ich hebe vier Grundsätze heraus:

1. Ausgewogenheit
2. Offenheit
3. Nachprüfbarkeit
4. Vertrauensbildung

Erstens: Abrüstungsverhandlungen können erfolgreich nur sein, wenn sie die Sicherheit aller Beteiligten verbessern wollen. Wer in Abrüstungsverhandlungen einseitige Vorteile erlangen oder festzuschreiben will, der drängt sie in eine Sackgasse. Das Ziel muß heißen: Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau. Überlegenheit einer Seite verursacht Instabilität, und diese gefährdet den Frieden. Gleichgewicht und Parität ist das anerkannte zentrale Prinzip der SALT-Verhandlungen. Es darf aber nicht auf den SALT-Prozeß beschränkt bleiben. In der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 haben Generalsekretär Breschnew und Bundeskanzler Schmidt festgestellt: »Beide Seiten betrachten es als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, daß annäherndes Gleichgewicht und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen.« Es muß nun gelingen, in den Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West diesen Grundsatz in praktische, konkrete Politik umzusetzen.

Zweitens: Abrüstung setzt Transparenz der militärischen Kräfteverhältnisse voraus. Jede Seite muß offen über die eigenen Truppenstärken und Rüstungen informieren. Wer sich dem entzieht, sät Mißtrauen und bringt sich mit seinen Absichten ins Zwicklicht. Die Vereinten Nationen haben ein standardisiertes Berichtssystem ausgearbeitet, das die Militärhaushalte miteinander vergleichbar machen soll. Mein Land hat, wie einige andere westliche und blockfreie Länder, nach diesem System über seinen Verteidigungshaushalt berichtet. Alle anderen Staaten sollten diesem Beispiel folgen. Ich wiederhole meinen Vorschlag, in den Vereinten Nationen zwei Register einzurichten:

- ein Register, das ausweist, wieviel jedes Industrieland pro Kopf der Bevölkerung für Rüstung und wieviel es für Entwicklungshilfe ausgibt,
- ein Register, das die weltweiten Waffenexporte und Waffenimporte aufführt.

Dies würde ein erster wichtiger Schritt sein. Die internationale Gemeinschaft darf nicht untätig zusehen, wie in Ost und West und in der Dritten Welt die Rüstungsausgaben steigen, während die Ausgaben für Entwicklungshilfe stagnieren.

III.

Die Aufgabe der Rüstungskontrolle und Abrüstung stellt sich nicht nur für Ost und West. Sie ist universal, sie geht alle Regionen, alle

Staat an. Die Vereinten Nationen hatten schon die siebziger Jahre zur Dekade der Abrüstung erklärt. Wir alle sind uns jedoch schmerzlich bewußt, wie wenig es gelang, die weltweite Rüstungsspirale anzuhalten. Mein Land hat als Beitrag für die Zweite Sondergeneralversammlung über Abrüstung 1982 ein umfassendes Abrüstungsprogramm vorgelegt. Dieses soll weltweit Abrüstungsverhandlungen fördern, den konzeptionellen Rahmen für solche Verhandlungen beschreiben, Kriterien und Prinzipien definieren und damit wichtige Vorarbeit für konkrete Verhandlungen und Ergebnisse leisten.

Ich hebe vier Grundsätze heraus:

1. Ausgewogenheit
2. Offenheit
3. Nachprüfbarkeit
4. Vertrauensbildung

Erstens: Abrüstungsverhandlungen können erfolgreich nur sein, wenn sie die Sicherheit aller Beteiligten verbessern wollen. Wer in Abrüstungsverhandlungen einseitige Vorteile erlangen oder festzuschreiben will, der drängt sie in eine Sackgasse. Das Ziel muß heißen: Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau. Überlegenheit einer Seite verursacht Instabilität, und diese gefährdet den Frieden. Gleichgewicht und Parität ist das anerkannte zentrale Prinzip der SALT-Verhandlungen. Es darf aber nicht auf den SALT-Prozeß beschränkt bleiben. In der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 haben Generalsekretär Breschnew und Bundeskanzler Schmidt festgestellt: »Beide Seiten betrachten es als wichtig, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt. Sie gehen davon aus, daß annäherndes Gleichgewicht und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen.« Es muß nun gelingen, in den Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West diesen Grundsatz in praktische, konkrete Politik umzusetzen.

Zweitens: Abrüstung setzt Transparenz der militärischen Kräfteverhältnisse voraus. Jede Seite muß offen über die eigenen Truppenstärken und Rüstungen informieren. Wer sich dem entzieht, sät Mißtrauen und bringt sich mit seinen Absichten ins Zwicklicht. Die Vereinten Nationen haben ein standardisiertes Berichtssystem ausgearbeitet, das die Militärhaushalte miteinander vergleichbar machen soll. Mein Land hat, wie einige andere westliche und blockfreie Länder, nach diesem System über seinen Verteidigungshaushalt berichtet. Alle anderen Staaten sollten diesem Beispiel folgen. Ich wiederhole meinen Vorschlag, in den Vereinten Nationen zwei Register einzurichten:

- ein Register, das ausweist, wieviel jedes Industrieland pro Kopf der Bevölkerung für Rüstung und wieviel es für Entwicklungshilfe ausgibt,
- ein Register, das die weltweiten Waffenexporte und Waffenimporte aufführt.

Dies würde ein erster wichtiger Schritt sein. Die internationale Gemeinschaft darf nicht untätig zusehen, wie in Ost und West und in der Dritten Welt die Rüstungsausgaben steigen, während die Ausgaben für Entwicklungshilfe stagnieren.

Drittens: Die in Abrüstungsverhandlungen eingegangenen Verpflichtungen müssen überprüfbar sein. Das Verfahren der Nachprüfung muß in jedem Einzelfall auf den Vertrag, für den es gelten soll, zugeschnitten werden. Wir können hierfür in den Vereinten Nationen eine wichtige Vorarbeit leisten, wenn wir international abgestimmte und möglichst auch praktisch erprobte Verfahren und Instrumente der Verifikation entwickeln. Wer sich gegen notwendige Inspektion an Ort und Stelle stemmt oder wer andere Formen der Verifikation verweigert, der setzt sich dem Verdacht aus, er wolle verheimlichen und täuschen; er zerstört Vertrauen anstatt es zu schaffen. Im Genfer Abrüstungsausschuß steht das umfassende Verbot der Herstellung und Lagerung chemischer Waffen zur Diskussion. Schwierigstes noch ungelöstes Problem ist auch hier das der Verifikation. Wir wünschen die baldige Vereinbarung eines verifizierbaren Verbots chemischer Waffen.

Viertens: Wirkliche Abrüstung läßt sich nur mit gegenseitigem Vertrauen zwischen den Staaten erreichen. Konkrete vertrauensbildende Maßnahmen sind deshalb unverzichtbar für erfolgreiche Abrüstung. In Europa sieht die KSZE-Schlußakte erste vertrauensbildende Maßnahmen vor. Die geplante Europäische Abrüstungskonferenz kann einen neuen qualitativen Schritt in der Vertrauensbildung bewirken. Vertrauensbildende Maßnahmen können auch in der Dritten Welt Stabilität und Rüstungsbegrenzung fördern. Wir haben deshalb in der 34. Generalversammlung die Initiative ergriffen, den Bemühungen um vertrauensbildende Maßnahmen eine weltweite Dimension zu geben. Wir hoffen, die jetzt vorliegende Studie des Generalsekretärs gibt wirksame Impulse, den Prozeß der Vertrauensbildung durch konkrete Maßnahmen überall in der Welt voranzutreiben. Wir brauchen einen Kodex der Vertrauensbildung.

Diese vier Prinzipien für Abrüstungsverhandlungen: Ausgewogenheit, Offenheit, Nachprüfbarkeit und Vertrauensbildung, sind vier Voraussetzungen für den Erfolg. Sie können als vier Grundbausteine für die Errichtung einer umfassenden Sicherheitspartnerschaft in der Welt dienen.

Die Außenpolitik meines Landes hat als oberstes Ziel die Politik der aktiven Friedenssicherung, wir wollen Frieden und Freiheit. Frieden

heißt für uns jedoch mehr als nur Vermeidung von Krieg. Wir wollen eine Welt partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Wir haben uns zusammen mit anderen europäischen Demokratien zur Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossen, um unsere Zukunft gemeinsam zu gestalten. Durch den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union werden wir noch stärker als Kraft für Frieden und Fortschritt in Europa und in der Welt wirken können. Wir haben uns mit unseren europäischen Verbündeten und mit den Vereinigten Staaten und Kanada im nordatlantischen Bündnis vereint. Dieses Bündnis beruht auf den gemeinsamen Wertvorstellungen von Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung. Es dient allein der gemeinsamen Sicherheit und der Wahrung des Friedens: Das Bündnis findet seine Kraft in der Freundschaft und dem Vertrauen zwischen Europäern und Amerikanern. Auf dem Fundament der Europäischen Gemeinschaft und des Nordatlantischen Bündnisses haben wir durch unsere Ostpolitik wesentlich dazu beigetragen, den Frieden in Europa zu stabilisieren. Wir werden diese realistische Politik des Dialogs, des Abbaus von Spannungen und der Stärkung der Zusammenarbeit fortsetzen. Die Teilungslinie zwischen Ost und West trennt die deutsche Nation. Niemand wird deshalb von der Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses schwerer betroffen als die Deutschen, niemand hat ein unmittelbarer Interesse daran, die Ost-West-Beziehungen zu verbessern. Es darf nicht zu einem Rückfall in den kalten Krieg kommen. Die Vertragspolitik der Bundesrepublik Deutschland, der Moskauer Vertrag, der Warschauer Vertrag, der Vertrag mit der CSSR und der Grundlagenvertrag mit der DDR legen Zeugnis ab von unserer langfristig angelegten Politik der Zusammenarbeit und der Entspannung. Wir stehen zu diesen Verträgen. Wir wünschen, daß der Besuch von Generalsekretär Breschnew in Bonn im November unsere bilateralen Beziehungen festigt und das Ost-West-Verhältnis insgesamt günstig beeinflusst.

Für die Lage in Europa und in der Welt ist die Entwicklung in Polen von besonderer Bedeutung. Es ist allein die Sache Polens, seinen Weg zu bestimmen. Wir erwarten, daß so wie wir sich auch alle anderen Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Polen enthalten.

Die Bundesregierung bekräftigt ihre Überzeugung, daß die beiden deutschen Staaten eine besondere Verantwortung für den Frieden in Europa haben. Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen, so haben es Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, erklärt.

Gerade in der gegenwärtigen schwierigen Phase der Ost-West-Beziehungen muß für die beiden deutschen Staaten gelten:

1. Wir müssen sorgfältig bewahren, was im vergangenen Jahrzehnt zwischen uns und als unser Beitrag zum Frieden in Europa erreicht wurde.
2. Wir müssen im Verhältnis zueinander und gegenüber allen unseren Nachbarn Zurückhaltung und Rücksichtnahme üben.
3. Das deutsch-deutsche Verhältnis darf nicht zusätzliche Belastungen für das Ost-West-Verhältnis verursachen.
4. Wir müssen den Dialog auf allen Ebenen und ohne Vorbedingungen fortsetzen.
5. Es muß unser gemeinsames Ziel sein, bei der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki in allen ihren Teilen die größten Fortschritte zu erzielen.

Die Bundesregierung will die Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten fördern. Und wir wollen die Möglichkeiten zu Begegnungen der Deutschen auf beiden Seiten vermehren. Diese und andere Erleichterungen für das Zusammenleben der Deutschen sind nicht nur ein Gebot der Humanität, sondern sind ein unentbehrlicher Beitrag zu Frieden und Zusammenarbeit in Europa.

Unser Ziel ist und bleibt, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Die Mauer, die die Deutschen trennt, wird keinen Bestand haben. Der Wille der Völker ist nicht auf Erhaltung oder gar Vertiefung des Trennenden gerichtet, sondern auf seine Überwindung.

Das Viermächte-Abkommen über Berlin hat zu einer ruhigen Lage in und um Berlin beigetragen. Dies muß auch weiterhin so bleiben. Jede Seite muß sich bewußt sein, daß das Abkommen seine stabilisierende Wirkung für Berlin und seinen günstigen Einfluß auf die Ost-West-Beziehungen nur entfalten kann, wenn beide Seiten es strikt einhalten und voll anwenden. Ein erneuter eindrucksvoller Beweis der Verbundenheit der Vereinigten Staaten von Amerika mit Berlin war der Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 13. September 1981.

Wie in unserer bilateralen Politik, so streben wir auch im multilateralen Rahmen der KSZE danach, die Ost-West-Beziehungen in Europa zu verbessern. Die Schlußakte von Helsinki ist ein Dokument des Willens zur Zusammenarbeit in Europa, ihre konsequente Verwirklichung durch alle Unterzeichnerstaaten soll Europa auf Dauer zu einer Region des Friedens und der Achtung der Menschenrechte machen. Wir empfinden schmerzlich, wieviel hier noch zu tun bleibt. Gemeinsam mit unseren westlichen Partnern setzen wir alles daran, damit die Madrider Folgekonferenz ein Schlußdokument verabschie-

den kann, das in allen Bereichen der Schlußakte Fortschritte für die Zusammenarbeit der Staaten und das Zusammenleben der Menschen in Europa bringt. Der KSZE-Prozeß muß fortgesetzt werden, er ist die große Hoffnung vieler Menschen, und nicht nur in Europa. Die Madrider Konferenz muß ein konkretes Mandat für eine europäische Abrüstungskonferenz erteilen, wenn sie dem Gebot der Sicherheit in Europa gerecht werden will.

IV.

Auch außerhalb Europas will die Bundesregierung zu Frieden und friedlicher Konfliktlösung beitragen.

Auf der Tagesordnung dieser Generalversammlung stehen vier große Konflikte der Weltpolitik: die Konflikte in Nahost, im Südlichen Afrika, in Afghanistan, in Kamputschea.

Der Präsident der Europäischen Gemeinschaft hat gestern auch im Namen der Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Darauf aufbauend stelle ich fest:

— Wir haben ein vitales eigenes Interesse, daß ein dauerhafter, umfassender und gerechter Frieden im Nahen Osten zustande kommt. Das Existenzrecht Israels in anerkannten und sicheren Grenzen ist dafür ebenso unverzichtbar wie die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes. Die Bemühungen um einen umfassenden, dauerhaften und gerechten Frieden müssen intensiviert werden. Das muß seinen Ausgang nehmen von einem allseitigen Verzicht auf Gewalt.

Mit Sorge um den internationalen Frieden und mit tiefem Mitgefühl für die Leiden der Menschen blicken wir auf die Geschehnisse in Libanon. Alle Bemühungen der libanesischen Regierung, eine nationale Versöhnung herbeizuführen, und die Souveränität, politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Libanon wiederherzustellen, haben unsere volle Unterstützung.

— Die Bundesregierung setzt sich im Rahmen der Initiative der Fünf mit großem Nachdruck dafür ein, daß Namibia auf der Grundlage der Resolution 435 des Sicherheitsrats endlich in freien Wahlen seine Unabhängigkeit erlangt. Das muß noch 1982 geschehen. Die Unabhängigkeit Namibias darf nicht länger hinausgeschoben werden.

Wir würdigen die konstruktiven Beiträge der OAU zur Lösung der Namibia-Frage. Restkolonialismus und Rassismus im Südlichen Afrika müssen überwunden werden. Wir verurteilen die Intervention Südafrikas gegen Angola, die Republik Südafrika hat damit eine schwere Verantwortung auf sich geladen.

— Mein Land steht an der Seite der blockfreien und der islamischen Staaten in dem Bemühen, die sowjetische Intervention in Afghanistan zu beenden und eine politische Lösung zu erreichen, die diesem leidgeprüften Volk seine Selbstbestimmung und Unabhängigkeit wiedergibt und den Status Afghanistans als wirklich blockfreier Staat wiederherstellt. Der Europäische Rat hat eine Konferenz über Afghanistan vorgeschlagen, die dieses Ziel in zwei Phasen verwirklichen soll.

Die andauernde Besetzung Afghanistans ist eine schwere Belastung für die internationalen Beziehungen.

— Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt aktiv die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft und insbesondere der ASEAN-Länder, die politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität Kamputscheas wiederherzustellen.

Mit Sorge verfolgen wir die Entwicklung in Zentralamerika, wo in El Salvador, aber auch anderswo, Gewalt und Blutvergießen zunehmen. Wir treten dafür ein, daß die Völker dieser Region ihr Schicksal frei von direkter oder indirekter äußerer Einmischung selbst bestimmen können. Alle demokratischen Kräfte dieser Länder sollten im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Verantwortung handeln und sich von den Kräften der Gewalt trennen. Wie die ganze Dritte Welt, wie ganz Lateinamerika, muß auch Zentralamerika herausgehalten werden aus dem Ost-West-Gegensatz.

Politische und soziale Reformen müssen eine gerechtere und stabile Ordnung schaffen und mit ihr die Voraussetzung, daß Zentralamerika zu einer Region des Friedens wird. Die Europäischen Gemeinschaft kann einem solchen Zentralamerika ein guter Partner sein.

V.

Die Generalversammlung befaßte sich auf ihrer letztjährigen Sitzung erstmals mit dem Tagesordnungspunkt »Internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme«. Sie brachte in Resolution 35/124 die Überzeugung zum Ausdruck, daß die Flüchtlingsfrage heute nicht mehr allein eine humanitäre Frage ist, sondern auch eine Frage des Weltfriedens. Der Strom von Hunderttausenden, ja Millionen von Flüchtlingen bedroht, wie es Resolution 35/124 feststellt, »die Stabilität ganzer Regionen und so den internationalen Frieden und die Sicherheit«. Wir befürworten allgemeine Richtlinien für das Staatenverhalten sowie praktische Maßnahmen, mit denen in Zukunft dem Entstehen neuer Flüchtlingsströme vorgebeugt werden kann. Wir schlagen vor, das in einem Ad-hoc-Ausschuß zu beraten.

Die Generalversammlung gedenkt des 20. Jahrestages der Gipfelkonferenz der Blockfreien in Belgrad 1961. Die Blockfreien sind heute eine mächtige Bewegung in der Welt. Aber ihr Ziel ist noch

nicht endgültig verwirklicht. Der Kolonialismus zwar ist fast überall Vergangenheit, doch die gewonnene Unabhängigkeit wird durch neue Formen des Vorherrschaftsstrebens bedroht. 1979 hat die Welt sogar den ideologisch begründeten Versuch erlebt, die Blockfreienbewegung selbst zum »natürlichen Verbündeten« eines der beiden Systeme des Nordens zu machen. Der Versuch ist gescheitert. Er mußte scheitern, die Geschichte bewegt sich nicht rückwärts.

Vorherrschaftsstreben, Einmischung von außen haben keine Zukunft mehr, aber sie können noch immer das friedliche Zusammenleben der Völker gefährden. Mit ihrem Leitbild einer pluralen Welt selbstbestimmter Nationen ist die Blockfreienbewegung eine Kraft für den Fortschritt. Sie ist zugleich eine Kraft für Frieden und Stabilität, denn beides läßt sich heute nunmehr in einer Weltordnung erreichen, unter der die Nationen in freier Selbstbestimmung und auf der Grundlage der Gleichberechtigung partnerschaftlich zusammenarbeiten. Die Bundesrepublik Deutschland steht auf der Seite der Blockfreien bei der Verwirklichung dieses Zieles.

Der Wille zur Unabhängigkeit manifestiert sich auch in den regionalen Zusammenschlüssen, die wir in Asien, Afrika, Lateinamerika entstehen und wachsen sehen. Mit ASEAN gibt es heute nach der Europäischen Gemeinschaft einen anderen, bereits weit entwickelten Staatenzusammenschluß. Von ihm geht ein kraftvoller Einfluß für Frieden und Stabilität in Asien aus. Auch in den anderen Regionen der Dritten Welt schreitet die regionale Kooperation fort. Die Kooperation der Golfstaaten, die Zusammenschlüsse in Lateinamerika und die Zusammenschlüsse und geplanten Zusammenschlüsse in Afrika, die die Konferenz von Lusaka zu einem großen Gesamtentwurf zusammenfügte, legen davon Zeugnis ab.

Diese Zusammenschlüsse eröffnen auch mittleren und kleinen Staaten die Möglichkeit, ihre Unabhängigkeit und ihre Zukunft gemeinsam zu gestalten. Wir fördern zusammen mit den anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft diese Entwicklung zu Pluralität und gleichberechtigter Partnerschaft.

Unentbehrlich für einen dauerhaften internationalen Frieden ist eine stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Dritten Welt. Gemeinsames Ziel der Industrie- und Entwicklungsländer in den siebziger Jahren war es, innerhalb einer stetig wachsenden Weltwirtschaft das Wachstum in den Entwicklungsländern zu beschleunigen. Doch es kam anders: Zu Beginn der Dritten Entwicklungsdekade ist heute in vielen ölimportierenden Ländern der Dritten Welt das Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen zum Stillstand gekommen, ja: die realen Pro-Kopf-Einkommen in der Mehrzahl der ärmsten Länder gehen sogar zurück. Mit Besorgnis sehen wir diese Krise der Entwicklung. Mit Besorgnis sehen wir, daß der Nord-Süd-Dialog an Schwung verloren hat, daß er — bei vielfachen Fortschritten in Einzelbereichen — in den großen Fragen auf der Stelle tritt.

Deshalb richten wir unsere Blicke auf das bevorstehende Nord-Süd-Gipfeltreffen in Cancun. Eine wichtige Idee der Brandt-Kommission wird Wirklichkeit. Die große Chance, die in diesem einzigartigen Gipfeltreffen von Nord und Süd liegt, muß genutzt werden:

1. Wir wollen, daß das Gipfeltreffen eine neue Entschlossenheit erzeugt, die drängenden Probleme der Weltwirtschaft und der Entwicklung durch solidarische, globale Zusammenarbeit zu überwinden.
2. Wie wollen, daß das Gipfeltreffen den Weg für den Beginn der globalen Verhandlungen frei macht.
3. Wir wollen hinarbeiten auf eine globale Energiestrategie, die bei den Erzeugern und Verbrauchern Sicherheit schafft.
4. Wir wollen hinarbeiten auf eine globale Ernährungsstrategie, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten und den Hunger zu überwinden.

Der Ausgang der 12. Session der Seerechtskonferenz 1982 ist eine Bewährungsprobe, die in ihrer Bedeutung für die Zukunft des Nord-Süd-Dialogs kaum überschätzt werden kann. Denn hier geht es um die Frage, wie Generalsekretär Waldheim betont hat, ob wir in den Vereinten Nationen in der Lage sind, für die globalen Probleme Lösungen auszuhandeln, die die elementaren Interessen aller Länder ausgewogen berücksichtigen und dem Wohle der Welt im ganzen dienen.

Die Wiedergewinnung von Wachstum und Entwicklung in der Weltwirtschaft erfordert von allen Ländern an erster Stelle energische Eigenanstrengungen:

Die Industrieländer müssen die Inflation brechen und so die Grundlage für stetiges Wachstum und Überwindung der Arbeitslosigkeit wiederherstellen. Die Länder der Dritten Welt andererseits müssen Entwicklungsstrategien einschlagen, die die Massen der Armen in den Wachstumsprozeß einbeziehen. Aufbau einer arbeitsintensiven Landwirtschaft und einer arbeitsintensiven Industrie — und dies in Verbindung mit einer wirksamen Bevölkerungspolitik: das müssen die Schwerpunkte der Entwicklungspläne sein.

Die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer brauchen jedoch für ihren Erfolg ausreichende Unterstützung von außen. Zu dieser Unterstützung müssen alle Länder, die dazu in der Lage sind, ihren Teil beitragen. Die kommunistischen Industrieländer dürfen sich nicht länger ihrer Verpflichtung zu solidarischer Hilfe an die Dritte Welt entziehen.

Für die Bundesrepublik Deutschland hat die Entwicklungszusammenarbeit einen hohen Rang. Dies bedeutet:

Erstens: Trotz eigener wirtschaftlicher Schwierigkeiten werden wir in unseren Anstrengungen für die Kapitalhilfe und die Technische Hilfe nicht nachlassen. Auch in dem Haushalt 1982, der ein Haushalt der Selbstbeschränkung unserer Bürger ist, sehen wir für Entwicklungshilfe eine Steigerungsrate vor, die über der des Gesamthaushalts liegt. Die Bundesregierung begrüßt das Aktionsprogramm, das die VN-Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder soeben in Paris beschlossen hat, denn diese Länder sind am meisten auf öffentliche Entwicklungshilfe angewiesen.

Zweitens: Wir treten unverändert dafür ein, daß die Märkte der Industrieländer für die Exporte aus den Entwicklungsländern offenbleiben und sich weiter öffnen. Es darf nicht zu einem Abgleiten in Protektionismus kommen. Wir suchen die Lösung unseres Arbeitslosenproblems nicht in der Errichtung von Handelsschranken, sondern in der Förderung und der sozialen Abstützung des Strukturwandels. Nur ein freier Welthandel kann Nord und Süd voranbringen.

Drittens: Für viele Entwicklungsländer sind nach wie vor die Rohstoffexporte die Hauptquelle für Deviseneinnahmen. Gerade diese Länder leiden unter der nun bereits jahrelangen Wachstumsschwäche der Weltwirtschaft, die die Nachfrage nach Rohstoffen dämpft und die Preise für Rohstoffe sinken läßt. Die Bundesregierung mißt den Problemen der rohstoffexportierenden Entwicklungsländer große Bedeutung bei. Wir haben soeben einen erheblichen freiwilligen Beitrag für den Zweiten Schalter des Gemeinsamen Rohstofffonds beschlossen.

Viertens: Die Konferenz über neue und erneuerbare Energien hat zum ersten Mal Energiefragen zu einem globalen Verhandlungsthema gemacht. Wir müssen auf diesem Weg weitergehen. Für die Industrieländer ist das steile, abrupte Ansteigen der Energiepreise zu einer schwereren Belastung, für die ölimportierenden Entwicklungsländer ist es zu einer Existenzfrage geworden. Wir brauchen eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen OPEC-Ländern, Industrieländern und ölimportierenden Entwicklungsländern. Nur so kann die Welt bruchlos den Übergang in das Nach-Ölzeitalter bewältigen. Die Bundesregierung spricht sich ferner für die Gründung einer Weltbankfiliale für Energie aus, die zur Lösung der Energieprobleme in der Dritten Welt Wesentliches beitragen könnte.

Herr Präsident, wir dürfen es nicht zulassen, daß nationaler Egoismus in der Nord-Süd-Zusammenarbeit Oberhand gewinnt. Wir alle sind aufgerufen: die Industrieländer des Westens und die des Ostens und die Entwicklungsländer. Die Nord-Süd-Frage ist nicht nur die weltweite soziale Frage, sie ist eine Weltfriedensaufgabe, die wir meistern müssen, wenn das Überleben der Menschheit gesichert werden soll.

Herr Präsident, für die Bundesrepublik Deutschland sind Achtung und Schutz der Würde und der Rechte des Menschen tragender Grund aller Politik. Die Förderung der Menschenrechte in der Welt ist deshalb ein Schwerpunkt unserer Mitarbeit in den Vereinten Nationen. Wir halten es für die Aufgabe der Weltorganisation, wo immer elementare Rechte des Menschen verletzt werden, ihre Stimme zu erheben — unabhängig davon, wo und von wem diese Rechte verletzt werden. Die Vereinten Nationen haben Verfahren und Institutionen geschaffen, um die Achtung der Menschenrechte weltweit zu fördern. Diese Verfahren sind noch relativ schwach, aber ihre Wirksamkeit nimmt zu. Es gilt beharrlich weiterzuarbeiten und die Möglichkeiten der Vereinten Nationen zum Schutz der Menschenrechte fortzuentwickeln. Die Bundesregierung setzt sich unverändert dafür ein, einen Internationalen Menschenrechtsgerichtshof zu errichten.

Wir haben mit Befriedigung festgestellt, daß unsere Initiative für eine Konvention über die weltweite Abschaffung der Todesstrafe bei vielen Staaten ein erfreuliches Echo gefunden hat. Der Konventionsentwurf hat die Form eines Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Diese Form soll eine konstruktive, zu Fortschritten führende Diskussion erleichtern. Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß andere Rechtstraditionen, religiöse Überzeugungen und geschichtliche Erfahrungen in vielen Staaten zu einer anderen Beurteilung der Todesstrafe führen. Doch niemand kann den vielfachen Mißbrauch der Todesstrafe in der heutigen Welt, kann die zunehmenden Hinrichtungen ohne ordnungsgemäße Gerichtsverfahren übersehen. Ebenso bedrückend ist die Feststellung, daß noch immer Menschen gefoltert werden. Deshalb ist der Kampf gegen Todesstrafe und Folter dringender denn je.

VI.

Herr Präsident, die Menschheit hat den bisher höchsten Stand ihres Wissens und ihrer Möglichkeiten erreicht. Sie kann dieses Wissen und diese Möglichkeiten nutzen, um ihre Überlebensfragen zu lösen, sie kann sie aber auch einsetzen, um die Zivilisation auf der Erde und vielleicht sogar die menschliche Gattung überhaupt zu zerstören. Nur wenn wir im Bewußtsein unserer Verantwortung für die Sicherung des Friedens und die Achtung der Menschenwürde und mit dem Willen zu globaler Solidarität handeln, werden wir den Weg in eine gute Zukunft finden.

Hier liegt die vornehmste Aufgabe unserer Weltorganisation. Wir bekennen uns zu den Vereinten Nationen.